

Correspondent.

Zeugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abnahme von mehreren Exemplaren, bei Bestellung aus dem Ausland, bei Bestellung in die Provinz und auf dem Lande anderer Postämter in der Provinz — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit am Sonntagen ausgenommen.
— Abnahme unserer Geschäftsblätter ist nur mit bester Empfehlung gestattet.
— Die Abgabe unentgeltlicher Exemplare übernimmt nur seine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
s. s. eilig. Illustriertes Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4. seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste, Zweit- oder drittes Blatt für Werbung und ähnliche Anzeigen 10 Pf., für die vierte 20 Pf., auswärts 25 Pf. Bei langjährigem Satz entsprechende Ermäßigung. Gebühr für Extrablätter und Liebererzählung. Für Nachvermerken und Nachvermerken besondere Berechnung, nach welchem mit Verzugschlag. Für langjährige Werbung, für Neuankömmlinge für größere Geschäfts-Kategorien nur ein Satz vorbest. Letztere Anzeigen bis höchstens 9 Uhr. Beilagenbeginn bis 10 Uhr vormittags. "Zwei"

Nr. 4.

Donnerstag den 6. Januar 1910.

36. Jahrg.

Die Reichstagswahl in Eisenach.

Der Eisenacher Wahlkreis wird durch das Verhalten der Nationalliberalen für den Liberalismus ernstlich gefährdet. Man kann es keinem freisinnigen Manne zumuten, für einen Kandidaten zu stimmen, der offiziell in den Listen des Bundes der Landwirte geführt wird, und der in Dr. Dieberich Hahn seinen wirtschaftspolitischen Schutzpatron sieht. Herr Schultheiß Krug mag ein sehr braver Mann sein. Seine zweite-geordnete politische Stellung macht ihn aber zum liberalen Kandidaten ganz ungeeignet. Die Zeit der Besetzerei ist vorüber. Jetzt heißt es Farbe bekennen. Mit dem Bunde der Landwirte geht, der an den jämmerlichen volksbedrückenden Reichsteuern die Hauptschuld trägt, gehört nicht ins liberale Lager.

Es berührt seltsam, wenn man sieht, mit welcher Jubelstimmung trotz alledem die nationalliberalen Führer an dieser Kandidatur festhalten. Der Krug geht aber nur so lange zu Wasser, bis er bricht. Schon werden sogar die nationalliberalen Wählerkreise in Eisenacher Kreise rebellisch. Wie jetzt gemeldet wird, lehnte in Kalkendorfheim eine Versammlung nationalliberaler Vertrauensmänner die Kandidatur ab und sprach den Wunsch nach Verständigung mit dem Freisinn aus. Das Gros der thüringischen Nationalliberalen hat ferner für die „aktiven“ Erwägungen der Führer, die zu dieser verfehlten Kandidatur geführt haben, kein Verständnis. Die Stimmung im Wahlkreise ist durchaus günstig für eine Verständigung mit dem Freisinn. Das sollte die nationalliberale Parteileitung nicht vergessen. Sonst schneidet bei der Wahl entweder der Antisemit oder der Sozialdemokrat als lachender Dritter ab. Die Schuld würde bei den Nationalliberalen liegen. Daran ändert das Schimpfen der nationalliberalen Presse nichts, die von den Freisinnigen verlangt, daß sie nachgeben, und sich mit dem rechtsnationalliberalen Kandidaten abfinden. Wie wars doch gleich in Landsberg-Soldin. Dort fielen die Liberalen auf den kalten Hauber herein und sahen von der linksliberalen Kandidatur Weinhäuten ab. Sie waren so „vernünftig“, den Nationalliberalen nachzugeben und ihnen einen rechtsliberalen Mann zu präsentieren. Die Strafe folgte auf dem Fuße. Landsberg-Soldin ist wieder durch einen Reaktionsim Reichstage vertreten. Die Nationalliberalen sollten sich doch bemühen, aus der Vergangenheit zu lernen. Sie sollten der nationalliberalen Jugend etwas mehr Einfluß bei den entscheidenden Stellen gewähren.

In der mecklenburgischen Verfassungsfrage

nimmt die „Deutsche Tageszeitung“, wie sie überhaupt, einen „unparteiischen Standpunkt“ ein. Wie die Unparteilichkeit des agrarischen Blattes aussieht, mögen folgende Sätze des bündlerischen Organs zeigen:

„Wir haben zu der Frage, ob die Abänderung der mecklenburgischen Verfassung notwendig sei, nicht Stellung genommen, sondern vielmehr die Auseinandersetzung darüber unseren Freunden in Mecklenburg überlassen. Nur einen Grundhaken haben wir allerdings aufgezeigt und immer verfochten, daß eine Verfassungsänderung, falls sie beliebt und beschlossen werden sollte, unbedingt anzuknüpfen müsse an das geschichtlich Gewordene. Diesen Standpunkt mußten wir grundsätzlich einnehmen; denn dabei handelte es sich nicht um mecklenburgische, sondern um allgemeine Dinge. Daselbe gilt von dem etwaigen Eingreifen des Reiches. Ein solches Eingreifen würde gegen die Verfassung sein und den von uns immer verfochtenen Grundhaken unmittelbar und scharf ins Gesicht schlagen. Deshalb konnten wir in der Sache nicht schweigen. War die Abänderung der mecklenburgischen Verfassungen, daß man gegebenenfalls eine andere Stellung zum Eingreifen des Reiches einnehmen werde, ernst gemeint, so mußte dagegen mit aller Entschiedenheit Verwahrung ein-

gelegt werden. Ein Eingreifen des Reiches gegen die Verfassungsänderung in die Verfassungskämpfe der Einzelstaaten würde der Anfang vom Ende des Reiches sein. War aber die Abänderung nicht ernst gemeint, sondern nur bestimmt, die Ritterschaft der Verfassungsreform geneigter zu machen, so war ein solches Vorgehen taktisch höchst ungewöhnlich und bedauerlich. Das haben wir hervorgehoben, das mußten wir hervorheben, und dabei werden wir unbedingt bleiben.“

Also das Reich darf sich unter keinen Umständen einmischen, und die Mecklenburger sollen die Sache in Anknüpfung an das geschichtlich Gewordene unter sich ausmachen. Da nun das „geschichtlich Gewordene“ in Mecklenburg beart ist, daß die Junter durch ihren Widerstand die gesamte Reformbewegung lahm legen können und da die Junter von diesem Widerstand gar nicht abzulassen gedenken, so bedeutet die Unparteilichkeit der „Deutsche Tageszeitg.“ weiter nichts als eine unbedingte Parteinahme zugunsten der Reaktion. Ein Glück nur, daß die „Deutsche Tageszeitg.“ noch nicht existierte, als das Deutsche Reich geschaffen wurde? Sie hätte es dem Fürsten Bismarck sehr verabschiedet, daß er so wenig Achtung vor dem „geschichtlich Gewordenen“ gehabt, sondern, unterstützt von den Liberalen Deutschlands, Laten volbrachte hat, die nach den Begriffen der Reaktion weiter nichts als revolutionäre gewesen sind.

Ein eigenartiges Beispiel zeitgenössischer Finanzgebarung

wird uns aus dem Kreise Grimmen in Pommern gemeldet. Das amtliche Kreisblatt berichtet über die letzte Sitzung des Kreisrates: „Der Etat wird trotz ständlicher Überschreitungen genehmigt.“ Wie hoch diese Überschreitungen, wie hoch der Etat selbst, das wird dem Steuerzahler diskret verschwiegen; dann aber heißt es zum Schluß:

„Nachdem die Tagesordnung erledigt, teilte der Vorsitzende mit, daß die beantragten Provinzialbeihilfen für die Gassen von Sievershagen nach Schönwalde und von Borland nach Keltent in Aussicht genommen seien. Mit dem Voranschlag, trotzdem sofort mit dem Bau der beiden Gassen zu beginnen und über die Aufbringung der noch fehlenden Bauflosten später zu beschließen, erklärte die Versammlung sich einverstanden. Nach beendeter Sitzung fand im Hotel „Deutsches Haus“ ein gemeinsames Mittagessen statt.“

Also kurz vor der Suppe, außerhalb der Tagesordnung, beschließt das Kreisparlament noch über ein Objekt, welches einen Kostenaufwand von etwa 200000 Mark nötig machen dürfte. Dabei muß man wissen, daß im Kreise Grimmen bereits über 60 Prozent Kommunalsteuern gezahlt werden und daß ein Teil der bewilligten Kunststraßen auf einem Gutshof, Schönwalde, endet, dessen Besitzer Mitglied des Kreisauschusses und Kreisdeputierter ist. Und muß sich der Kreissteuerzahler nicht erkundigen, wie er den Ausdruck: „noch fehlende Bauflosten“ verstehen soll? Nachdem die Provinzialbeihilfe fortfällt, handelt es sich doch wohl um die Bauflosten schlechthin. Woher man die nehmen will, das überläßt anscheinend das Grimmer Kreisparlament frohlich und guten Mutes einer besseren Zukunft. Und das tut dieselbe Körperschaft, die vor einigen Jahren eine nette runde Summe aus ihrem Begehaufonds dazu angewiesen hat, dem schon vorhandenen landrätlichen Garten ein neues städtisches Stück hinzu zu erwerben, einzurichten und die Benutzung dem Landrat gratis zu stützen zu legen. Kommunale Finanzwirtschaft in Ostelbien dort, wo auf den Jagdgebirgen seiner Väter der Junter froh sich selbst regiert! Eine solche Entscheidung ist natürlich nicht ausschließlich die Folge lokaler Zustände, sie verdankt ihre Entstehung der Institution an sich.

Im Dunkel der Kreisratssitzung über die Lasten der Preussischen Steuerzahler verfügt. Der Kreisrat ist ein panzerfester Turm der Reaktion nicht nur auf fast allen Gebieten des kommunalen Lebens auf dem

Land, sondern auch auf allgemeinem politischem Gebiet. Will man die Reaktion brechen in Preußen, so fange man vor allen Dingen für ein: Modernisiertes Wahlrecht und damit Luft und Licht für die Kreistage!

Dem Mangel an Selbstvertrauen und dem ewigen Ruf nach Staatshilfe

tritt ein Fochblatt der Müller, die „Allgemeine Deutsche Wähler-Ztg.“, in nur zu sehr berechtigten Ausführungen entgegen, und sie stellt dem wirtschaftlichen Pessimismus die Selbsthilfe, das Selbstvertrauen gegenüber. Es heißt da:

„Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist jetzt endlich die Zeit gekommen, wo die Müller allmählich aus dem langen Traum von der Staatshilfe, der sie so fest umfangen hielt, erwachen und wieder zu der Erkenntnis kommen, daß eine wirkliche, durchgreifende Hilfe für die Müllerei nur von ihr selbst zu erwarten ist.“

Diese Überzeugung wird nur noch verstärkt, wenn man sich einmal klar die Resultate vergegenwärtigt, die der lange Kampf um die Staatshilfe gezeitigt hat. Die Frage, ob dieser Kampf die Lage der Müllerei verbessert hat, wird allgemein verneint werden müssen. Wer die Verhältnisse vorurteillos prüft, wird sogar zu der Erkenntnis kommen müssen, daß der Kampf um die Staatshilfe der Müllerei nur noch mehr geschadet hat. Die dadurch heraufbeschworene wachsende Entfremdung unter den Berufscollegen, die die Konkurrenzverhältnisse noch unheilvoller gestaltete, ist nur eine der nachteiligen Begleiterscheinungen des Kampfes gewesen. Ebenjensehr, wenn nicht noch mehr, fällt aber der Schaden ins Gewicht, den die weite Kreise der Müllerei durch die Behauptungen vom „sicheren Untergange der Mittel- und Kleinnmühlen“ erlitten haben.“

„Dieses Argument hat“, so wird dann weiter ausgeführt, „eine sicher nicht beabsichtigte, aber leider doch erzielte, schädliche Wirkung ausgeübt und zwar auf dem Gebiete, das für die Müllerei, wie für jeden Erwerbsstand, von grundlegender Bedeutung ist — dem des Kredits. In der Müllerei ist der Kreditdienst gegenüber dem Umfange unverhältnismäßig klein und die Kreditschicht beschränkt große und lange Kredite. Infolgedessen ist der Müller auf verhältnismäßig große Darlehen und beträchtlichen Personal- und Hypothekenkredit angewiesen. Maßgebend für die Beurteilung der Kreditfähigkeit ist, neben den persönlichen Charaktereigenschaften des Kreditnehmers, in erster Linie die Rentabilität oder Rentabilitätsmöglichkeit des betreffenden Unternehmens. Die zweifellos bestehende Rentabilität der Müllerei ist nun in den verflorenen Kämpfen wieder und wieder in den düstersten Farben geschildert worden. Daß dadurch der Personal- und Kredit der Müllerei, insbesondere der kleineren, empfindlich leiden mußte, ist nicht zu bestritten.“

Diese Ausführungen sind zutreffend und könnten für andere Berufswege sicher mit ähnlichem Recht geltend gemacht werden.

Von der Suspendierung des Lehrers Gerike

in Sammermühle (Pommern) war kürzlich berichtet worden. Wie jetzt die „Preussische Lehrerzeitung“ dazu mitteilt, ist der Lehrer nicht suspendiert, sondern bis zum 14. November beurlaubt gewesen. Das Blatt berichtet über den Fall:

Lehrer G. erhielt im September d. J. eine Verfügung der königlichen Regierung zu Köslin des Inhalts, daß er zum 1. Oktober nach G. im Kreise Nummersburg versetzt sei. Da G. diese Stelle, weil sie zu abgetan war, seiner Leuten Frau wegen nicht annehmen konnte, erbot er beim Minister Einspruch gegen die Versetzung. Er erhielt von der Regierung den Bescheid, daß es bei der Versetzung nach G. bleiben müßte. Erst als Frau G. sich an den Deputierten für Pommern im Ministerium wandte, wurde die Versetzung aufgehoben und G. eine andere Stelle in Aussicht gestellt. Er mußte nun in Sammermühle eine andere Verfügungsverfügung abwarten. Untertochen durfte er aber dort nicht mehr. Als er im September das Schreiben an den Minister einreichte, hatte ihn der Ortsquintinspektor Pastor Jädel in Walsow gesagt, erlärte

vom 1. Oktober ab in seine Schule mehr halten. Infolge dessen wurde ihm vom Schulinspektorenstand das Gehalt für das laufende Vierteljahr nicht ausbezahlt, ja der Hauptlehrer soll demselben seine Gehaltspflichtigen Kinder aus der Hammerschüler-Vorlesung, die er in H. entlassen und seine Kinder hätten in der Volksschule nicht mehr zu suchen. Eine Anfrage beim Ortschulinspektor Jädel, ob wohl zu dieser Maßregel berechtigt sei, blieb unbeantwortet. Im November erhielt G. dann eine Verfügung der königlichen Regierung, daß er zum 15. November nach Ralbitz (Kreis Stolz) versetzt sei. Dem bisherigen 3. Jahre der Hammerschüler-Vorlesung, die Dienstaufnahme zu Ralbitz, mißbilligend, ergründet werden würde. Im dem kritischen 12. November aber setzte ihm sein Ortschulinspektor an, daß der Kreisinspektor ihn bis zum 14. November einseitig beurlaubt habe. Das Gehalt wurde ihm aber trotzdem nicht ausbezahlt, und er hat es bis heute noch nicht erhalten. G. hat dann am 15. November die Stelle in Ralbitz angetreten.

Wenn diese Darstellung zutrifft, dann sind das ja ganz unerschütterliche Schulverhältnisse, und sie sich die Schulverwaltung schleimlich kümmern sollte.

Die unsinnige Wahlkreisinteilung

in Preußen trägt bekanntlich am meisten dazu bei, daß das Dreiklassenwahlrecht noch unerschütterlich wirkt, als es an sich schon der Fall ist. Die konservervative „Politi“ hatte vor einigen Tagen erklärt, daß das Verlangen nach einer neuen Wahlkreisinteilung in Preußen schon aus konstitutionellen Gründen zurückgewiesen werden muß. Jetzt aber schreibt das Blatt in einer abermaligen Betrachtung über diesen Gegenstand:

„Demzufolge lehnt die konservervative Fraktion jede Änderung der Wahlkreisinteilung ab, bei welcher es auf die Verteilung der kleineren Wahlkreise oder die Verteilung ihrer Vertreter abgesehen wäre. Sie erkennt aber an, daß eine kleinere Anzahl von Wahlkreisen an Bedeutung und wirtschaftlicher Bedeutung über das Ganze verfallen so weit hinauswachsen ist, daß ihre Vertretung im Abgeordnetenhaus mit ihrer Bedeutung nicht mehr im richtigen Verhältnis steht und sie bereit, hier zu einer Abhilfe die Hand zu bieten. Eine Verwirklichung der Vertreter, insbesondere niedrigeren Wahlkreise, müßte sich zweckmäßig aber nur auf bestimmten Wege erreichen lassen, der schon bei der letzten Novelle zum Wahlgesetz besprochen worden ist, nämlich durch entsprechende Vermehrung der Gesamtzahl der Abgeordneten. Ein solches Vorgehen empfiehlt sich auch unter dem praktischen Gesichtspunkte, den angrenzenden Punkt der jetzigen Wahlkreisinteilung zu beibehalten, und so deren Bestand im ganzen für länger Dauer zu sichern.“

Wichtig bemerkt die agrarische „Dsch. Tag.“ dazu: „Von diesen „Gesichtspunkten“ aus kann man jede Forderung benützen, mag sie auch noch so unberechtigt sein!“ Ob dies in seiner Allgemeinheit zutrifft, wollen wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls gibt es keine gerechtere Forderung, als die nach einer Neueinteilung der Wahlkreise. Die Junker freilich wollen davon am allerwenigsten wissen, weil die jetzt geltende Abgrenzung der Wahlbezirke ihnen direkt auf den Leib zugeschnitten ist und noch mehr als das Wahlsystem selbst ihnen ihre Vormacht in Preußen verbürgt.

Eine recht verständige Beamtin

scheint Fräulein Dr. Elise Conrad zu sein, die seit einiger Zeit für die Ausübung der Wohnungsinpektion des Kreises Worms angestellt ist. In ihrem ersten, bis 15. Oktober 1909 reichenden Jahresbericht lesen wir:

„Nach allem ist das Aufgabengebiet der Kreiswohnungsinpektion keineswegs auf die Befichtigung von Wohnungen und Feststellung der Mängel beschränkt, sondern es ist ein sehr vielseitiges, so es handelt sich um Wohlfahrtspflege in weitem Umfange. Um recht mit Erfolg arbeiten zu können, ist allerdings eine pekuniäre Hilfe aus öffentlichen Mitteln nötig, doch ist nicht zu verkennen, daß auch eine Gehaltsvorlage, daß mit reichlicher Gewährung von Hilfe das Verantwortlichkeits-Gefühl der Bevölkerung gemindert wird. Den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit wird die Kreiswohnungsinpektion ohne Zweifel darauf zu legen haben, die Leute zu lehren und anzuleiten, sich selbst zu helfen. In einem so wohlhabenden Lande wie Rheinheffen, wo es an Arbeitsgelegenheit fast nie mangelt, ist es regelmäßig für jeden möglich, durch eigene Kraft ein Kulturleben zu führen, es sei denn, daß ganz besondere Unglücksfälle über ihn gekommen; und wer den Stolz, die Ehrlichkeit, ja den Heroismus kennen gelernt hat, mit dem manche schwer heimische Familie trotz widrigster Umstände sich völlig selbstständig schlicht und recht durchzubringen versteht, der weiß, es geht, und die, welche nicht allein fertig werden, müssen es lernen, und dazu soll ihnen die Kreiswohnungsinpektion helfen. Gelingt ihr das, so wird sie ihren Aufgaben mehr gerecht werden, als wenn sie mit Geldmitteln den Hausbesitzern hilft, ihren Pflichten nachzukommen. Nicht die Bevölkerung verwöhnen, und begehrtlich machen, sondern zu helfen, sie ethisch und kulturell

zu heben, sie aus ihrer oft großen Leihargie aufzurütteln und ihr Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber ihren Angehörigen und gegenüber der Allgemeinheit zu stärken, das wird ihre vornehmste und schönste Aufgabe sein.“

Politische Übersicht.

Oesterreich-Ungarn. Ungarn hat einen neuen Winterpräsidenten. Dr. von Lukacs wurde am Dienstag in an derbaltischinöblicher Audienz vom Kaiser empfangen und zum ungarischen Winterpräsidenten ernannt. Damit erledigt die mit der zweiten Demission des Kabinetts Bekerte am 28. September ausgebrochene Ministerkrise ihre Ende. Dr. von Lukacs reiste nachmittags nach Budapest zurück und wird sich dort mit der Persönlichkeiten in Verbindung setzen, die er zum Eintritt in sein Kabinett einwirken will. Er wird dann in einigen Tagen wieder nach Wien zurückkehren und dem Kaiser seine fertige Ministerliste vorlegen. Die Entlassung des Kabinetts Bekerte wird jedenfalls schon in Kürze erfolgen.

Belgien. Der Brüsseler Zeitung „Patriote“ zufolge schloß das Ministerium Schollens mit der Antwerpen-Abkommen zur Einleitung des Schiffsverkehrs ab, wofür die Liberalen den Kaiserlichen kaiserlichen Unterhändler zurechnen wollen.

Rußland. In den letzten Tagen sind von der politischen Polizei über 1100 Verhaftungen vorgenommen worden. 400 Studenten erhielten unentgeltlich Fahrkarten zur Abreise während der Verurteilung des Großfürsten Michail.

England. Im englischen Wahlkampf spielt sich die tätige Furcht vor einer deutschen Invasion noch nie vor eine Rolle. Der Staatssekretär für Irland, Villiers sagte in einer Rede, die er am Dienstag in Bristol hielt, er verurteile auf strengste den Versuch eines Teils der Presse, den Geist der Feindseligkeiten gegen Deutschland zu entlocken. Staatssekretär Grey erklärte in der Unterhausdebatte, die Regierung werde die Oberhoheit über See sicherstellen. Der Sekretär der Landesverteilung, Pease, der in Saffron-Walden sprach, bezeichnete die Gemacht Englands der deutschen gegenüber als überwältigend. In 2 1/4 Jahren, wenn Deutschlands Schiffsbauprogramm ausgeführt sei, werde England 40 Schlachtschiffe haben, gegen 41 der deutschen Flotte. Die Zahl der ausländischen englischen Soldaten in Deutschland, die nach der Abgrenzung des „Daily Telegraph“, in Northumberland und Durham auf je 2000 angegeben.

Türkei. Die Aufstände in den türkischen Anhangprovinzen nehmen kein Ende. Im Yemen kam es zu Kämpfen zwischen türkischen Truppen und mehreren Stämmen, die nach großen Verlusten zurückgeworfen wurden. Auch in Doaniz im Westteil des Bagdad haben türkische Truppen Nomadenstämme zurückgeworfen, welche die Stadt angegriffen hatten. — In der Kretafrage dauert der heftige Notenwechsel unter den Schuttmächten fort. Wie nach der „Mag. Ztg.“ verlautet, beantwortet Frankreich die schnellste Rückkehr der fremden Garnisonen nach Kreta, da sonst ein militärisches Eingreifen der Türkei zu befürchten sei. Ein unter dem 1. Dezember d. J. in Wien abgehaltener Konferenzen setzte bereits eine Note an die Schuttmächte auf, die jedoch erst nach dem Eintreffen des neuen Großwärters abgehandelt werden soll.

Griechenland. Das Gerücht von der Rückkehr der königlichen Prinzen und ihrer möglichen Wiederkehr in die Armee wird in Athen von allen Kreisen eifrig diskutiert. Es heißt, daß sie als Militärenten des Königs wieder eintreten werden. — In der türkischen Grenz bei Dereli wurde ein griechischer Bauer beim Holz sammeln auf griechischem Gebiet von Soldaten der benachbarten türkischen Station Albarna getötet. Der Leichnam und fünf Moulter des Getöteten wurden von den Soldaten weggeworfen.

Marokko. Die Franzosen sind mit Malay Gerd anzuweisen. Der „Ech. de Paris“ wird aus Zanger gemeldet, daß Sultan Sidi seit einiger Zeit seine Hauptaufmerksamkeit dem jüngst angenommenen türkischen Instruktionsoffizier schenke und ihnen außer Geldmitteln auch das ganze draubare Kriegsmaterial zur Verfügung stelle. So habe der Sultan den französischen Offizieren die guten Schnellfeuergeschütze weggewonnen und sie den türkischen Instruktionen anvertraut. Die „U. S. A.“ führt an, daß der Vizekönig der Sahara durch eine deutsche Gesellschaft ist, wie der Korrespondent der „Rdn. Ztg.“ in Zanger bestimmt erfahren hat, allein infolge des Zustandkommens der Anleihe abgesagt. Die Münchener Firma Sager und Würner, die für Marokko mit der belarnten Baufirma Holzmann u. Co. in Frankfurt a. M. inbündigt ist, wird den Hofen in Karsoh ausführen, sobald die Befestigung wegen der Aufnahmestellen mit den Werken geregelt sind.

Nord- und Mittelamerika. Das Mitglied des Kongresses Humphrey hat eine Vorlage eingebracht, nach der den amerikanischen Postdampfern nach Südamerika, Ostindien, Japan und Australen höhere Subsidien als bisher gewährt werden sollen. — Wie jetzt bekannt gegeben wird, wird Präsident Taft dem Kongress die Sprigal-Vorstellung über das Antitrustgesetz am Donnerstag, die die Mittwoch angeklagte Vorlage über das Gesetz, betreffend den zwischenstaatlichen Handel, dagegen erst am Freitag zurufen lassen. Die Präsidenten der Pennsylvania, der Union-Pacfic, der Reading, der Southern-Pacfic, der New-York-Central und der New-Haven-Eisenbahnen konsultierten am Montag mit Präsident Taft wegen der vorgeschlagenen Amendements zum Interstate-Commerce-Gesetz und protestierten gegen sämtliche Amendements. — Aus Nicaragua wird berichtet, Estrada lasse seine ganzen Armeekorps jetzt nach der Stadt Chile schaffen und (sich) demnach den Selbstzug nach dem westlichen Nicaragua verlegen zu wollen.

Südamerika. Wie unter dem 4. D. aus Santiago de Chile berichtet wird, ist der Kabinettskrisis befohlen; das Ministerium hat sein Entlassungsgesuch zurückgezogen.

Deutschland.

Berlin, 5. Jan. Der Kaiser nahm Dienstag vormittag im königlichen Schloß zu Berlin die Vorträge des Chefs des Ministerkabinetts und des Chefs des Marineministeriums entgegen. Abends wohnten das Kaiserpaar und Prinz Joachim in der Vorstellung

von Hermann Sudermanns „Strandkindern“ im königlichen Schauspielhaus bei. — Zu Ehren des Prinzen Heinrich von Preußen fand gestern beim deutschen Vorkämpfer in Petersburg ein Diner statt, an dem u. a. auch der ihm zugeweihte Ehrenritter sowie die Disputationsdeputationen der preussischen Regimenter, die zur Bekleidung des Großfürsten Michail Nikolajewitsch hier eingetroffen sind, teilnahmen. Prinz Heinrich leiste im Laufe des Tages am Sarge des verstorbenen Großfürsten einen Kranz nieder.

— (Der Prinzregent von Bayern.) dessen Erkrankung wir gestern meldeten, konnte am Dienstag nachmittag eine Spazierfahrt nach Schloß Nymphenburg machen. In Begleitung des Regenten stellten die Ärzte bei dem Abendbesuche eine leichte Besserung fest.

— (Von der Indienreise des Regentenpaars von Braunschweig) wird aus Braunschweig berichtet: Ein Dienstag früh 7 Uhr 20 Min. in Fort Saub von dem Herzogregenten ausgegebenes Telegramm meldet, daß die Überfahrt von Genua dorthin sehr gut verlaufen und alles wohl ist.

— (Ein Austausch von Neujahrsgarantierungen) hat zwischen Kaiser Wilhelm und Präsident Taft stattgefunden. Präsident Taft erhielt von Kaiser Wilhelm zum Jahreswechsel folgendes Telegramm: „Ihnen und dem amerikanischen Volke meine besten Wünsche für ein glückliches Neujahr!“ — Präsident Taft erwiderte: „In voller Würdigung und Erwidering der mir übermittelten freundlichen Wünsche Eurer Majestät wünsche ich Ihnen und dem deutschen Volke für das kommende Jahr Gesundheit und Wohlergehen.“

— (Zum anhaltischen Staatsminister) an Stelle des Herrn v. Dallwig ist der Wirkliche Geheimrat Paul Pau ernannt worden.

— (Zum Präsidenten der Generaldirektion der Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen) ist als Nachfolger des zum Staatssekretär des Reichseisenbahnministeriums ernannten Herrn Waderapp der Eisenbahndirektionspräsident in Köln, Schmidt, ernannt worden.

— (Der sinesische Marine-Studienkommission), die dieser Tage in Berlin eintrifft, wird, nach der „West Ztg.“, Vizeadmiral Cooper, kurzzeit Inspektor des Bildungswesens der Marine, dienstlich als Führer dienen. Während des Aufenthalts in Deutschland wird sich die Kommission hauptsächlich über die Einrichtungen in der Kriegsflootte unterrichten, zu welchem Zwecke ihr auch der Admiral Sat beigegeben worden ist. Von Berlin wird sich die Kommission nach Kiel und Wilhelmshafen begeben.

— (Dr. Zintgraf), der augenblicklich auf der Rückreise vonairo nach Berlin begriffen ist, hat, wie dem „V. Z.“ mitgeteilt wird, um eine Klärung seiner „Affäre“ bereitzustellen, beim Auswärtigen Amt ein Untersuchungsverfahren beantragt. Er bringt noch in dieser Woche sein ganzes Material nach Berlin mit, auch das, mit dem er seinen Verdacht gegen die Kaiserin Laitu, Menckins Gemahlin, beweisen will.

— (Zur Maßregelung der Rattowitzer Lehere), die für die polnischen Stadtverordneten-Kandidaten gestimmt haben, bringt die „Germania“ einen Beitrag, der nicht verfehlen wird, großes Aufsehen zu erregen, falls sich seine Wahrheit bestätigen sollte. Das Zentrumblatt ergäht: Als am Dienstag, den 7. Dezember d. J., die vier verurteilten Volksschullehrer vom Regierungspräsidenten in Oppeln zu der bedürftigen Konferenz eingeladen wurden, da haben die Gemäßigten geltend gemacht, daß sie nach der Lokalitätserklärung der zwei „Polen“ und nach der über sie erhaltenen Auskunft an ihre Geschäftlichkeit nicht teilgenommen hätten. Sie erschienen jedenfalls weniger staatsgefährlich als ihre beiden Gegenkandidaten, die sich öffentlich als Anhänger der revolutionären Idee Ferreres bekannt haben. Der Präsident befreit ihren guten Glauben nicht, stellte aber ihre Schuld mit den Worten fest: „Sie mußten den Kreisinspektor fragen, wie Sie wählen sollen!“ Die „Germania“ selbst betont, daß eine solche Vorgang unglücklicherweise mag verifiziert aber, sie könne nach den Mitteilungen, die ihr von zuverlässiger Seite zu gehen, nicht daran zweifeln, daß sie wirklich gefallen ist. Wenn das zutrifft, so würde das eine so ungewöhnliche Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte von Beamten, die zudem nur mittelbare Staatsbeamte sind, darstellen, daß dagegen ganz energig protestiert werden muß. Zunächst aber hat der Regierungspräsident von Oppeln das Wort.

— (Ein Gesetzentwurf zur Änderung der Rechtsanwaltsordnung) vom Jahre 1878 liegt, wie wir hören, gegenwärtig dem Bundesrat vor. Er steht in gewissem Zusammenhang mit der Erschaffung des Reichsgerichts, denn er sieht die Schaffung eines neuen Ehrengerichtshofes für Rechtsanwälte vor. Bekanntlich bestehen Ehrengerichte für Rechtsanwälte im Bezirk eines jeden Oberlandesgerichts. Sie werden gewählt aus der Zahl der Vorstandsmitglieder der betreffenden Anwaltskammer und setzen sich zusammen aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und drei Mit-

glichen, mithin aus fünf Rechtsanwälten. Gegen das Urteil eines Ehrengerichtes besteht das Rechtsmittel der Berufung an den Ehrengerichtshof beim Reichsgericht, der aus dem Präsidenten des Reichsgerichts, drei Richtern und drei Rechtsanwälten dieses höchsten Gerichts besteht. Infolge des ständigen Anwachsens der Zahl der Rechtsanwälte ist nun der Ehrengerichtshof in Leipzig derartig mit Berufungssachen überlastet, daß die Schaffung eines zweiten Senates unerlässlich geworden ist. Zu diesem Zweck ist die Verabschiedung einer Novelle zur Rechtsanwaltsordnung vom 1. Juli 1878 erforderlich, die bekanntlich die Verhältnisse der Rechtsanwälte für ganz Deutschland in einheitlicher Weise geregelt und die Anwältsammlungen mit dem ehrengerichtlichen Verfahren in zwei Instanzen eingerichtet hat.

Buffschiffahrt.

Elveher im Ballon. Etwas noch nicht Dagewesenes dürfte eine Elveherfahrt in der Luft, im Feiballon, sein. Eine solche hat die Jahreswende 1909/10 zu verzeichnen gehabt. Den „U. R. N.“ wird hierüber wie folgt geschrieben: Wir stiegen am letzten Tage des Jahres 1909, abends 10 Uhr, mit dem Ballon „Chemnitz“ des Chemnitzer Vereins für Luftschiffahrt — Führer Dr. Rostovsky, Begleiter Architekt Japp, Chemnitz, und Herrfurth, Radenstein — bei herrlichem Mondlicht und klarem Sternensimmel in Chemnitz auf. Die nach Nordost führende Luftströmung brachte uns bei 6000 Höhe in durchschnittlich 800 Meter Höhe direkt über die Residenz Dresden. Feierlich verhandelte der Windstille die Winternachtskühle, und das harmonische Elvehergeräusch der Propellerkurbel schallte ein. Fröhliche „Prost Neujahr“ Rufe drangen durch die Stille zu uns herauf, manchmal aber mit von Wollschweifchen. Magische Lichter wendete Rostovsky aus dem Sonnen- und V. tenken auf. Es waren für uns unvergeßliche Minuten, der Jahreswechsel 1909/1910! — Unser Flug führte uns dann weiter über Sagenswerda, Sorau, Franfurt a. O., Kellern, der Obermündung bei Stettin zu. Altona wurden wir von „Prost Neujahr“ Grüße umgibt. In der Schorfelbe saßen wir stark Nebel und Nebel und wir uns schickten, von der Oer und den großen Menschen freien Scharen von Altona und Altona auf. In der

Riffe flante leider der bis dahin glückliche Wind ab, so daß wir von einem Flügel über die Oise abließen, abgelaßt wie noch 17 Saft Ballon und reichlich Proviant hatten. Nach über 16 stündiger Fahrt landeten wir um 2.35 Uhr nachmittags am Neujahrstage bei Buchholz in der Nähe von Stettin.

Vermischtes.

* (Todesurteil eines Viatikers) Vorbezug, 4. Jan. Der Viatiker Delagrangue war heute nachmittags gegen 8 Uhr mit seinem Monoplan auf dem Flugplatz Drog d'Ans aufgestiegen. Die Flugmaschine fuhr glänzend. Bei einem zweiten Versuch erob sich Delagrangue bis zu 30 Metern Höhe und hatte eben die dritte Runde vollendet, als infolge einer heftigen Windstöße der linke Flügel des Apparates brach und der rechte sich senkte. Der Aeroplane fiel auf den Abhang einer 20 Meter hohen Anhöhe, rief dabei gegen einen Wagen und gegen einen Schuppen und stürzte dann zu Boden. Delagrangue wurde kopfüber von seinem Elbe geschleudert und blieb sofort tot. Im Gesicht hatte er eine Verletzung über dem linken Auge erlitten; aus dem rechten Ohr floß Blut; ein Bein war gebrochen.

* (Seitfamer Millionenfund in einem Bauernhause) Der „B. Z. am Mittag“ wird aus Passig gemeldet: Gelegentlich einer Hausreinigung bei einer Bäuerin wurden mehrere Koffer mit Gold- und Silberstücken und zahlreihe Brillanten im Werte von mehreren Millionen Francs vorgefunden. Die Bäuerin ist sofort verhaftet worden. Sie gibt an, daß die Koffer schon seit 20 Jahren in ihrer Wohnung seien. Ihre vor einem Jahre verorbene Tochter war Ende der Siebziger Jahre bei dem Fürsten Nikolaus Ostia bedienstet. Als dieser kurz nach einer Augenoperation in Paris starb, nahm die Tochter mehrere verpackte Koffer in ihre Wohnung, die seltener dort untergebracht wurden.

* (Bei lebendigem Leibe verbrannt) Ist am Mittwoch in Berlin die 42jährige Ehefrau des Bauarbeiters Edmund Gohl. Als die Frau in ihrer Wohnung schlief, schickte ein Kind, erprobte eine Petroleumlampe. Die hervorgerufene Stichflamme setzte die Kleidung der bedauernswerten Frau in Brand; in wenigen Minuten war sie vollständig in Flammen gehüllt. Die gelenden Dienerin der Frau, die anscheinend nicht mehr die Kraft gefesselt hatte, aus der Wohnung zu flüchten, wurden wohl gehört, aber es dauerte immerhin einige Zeit, ehe es gelang, in die verschlossene Wohnung einzudringen. Man fand in der durch das Feuer stark beschädigten Stube nur

nach die verrostete Welle der unglücklichen Frau. Der Brand konnte nach kurzer Zeit gelöscht werden.

* (Das Ende des Einbrechers) Erst kürzlich ist in Berlin bei der Suche nach dem Frauenmörder der Prostituierten Anholz ein Verbrecher im Kampfe mit einem Kriminalbeamten in gerechter Notwehr erschossen worden und schon wieder ist zu melden, daß am Dienstag früh im Südwesten Berlins der Einbrecher Hermann Gadow durch einen Schuß, abgegeben vom Kriminalschutzmann Brumme, einen lässigen Tod fand. Wieder ist es ein Verbrechen, der viel auf dem Sterbeshof hat. Die Gegend der Belle-Alliancestraße war in der letzten Zeit das Revier einer Einbrecherbande. Auf seinem Patrouillengange, der dem Kriminalbeamten den Schlichter Max Schulz ins Barn gelockt hatte, sah der Schutzmann drei Individuen die oben genannte Straße durchschreiten. Dies merkten aber die drei, von denen zwei flohen, der dritte aber war bettespakt. Als er plötzlich und längerer Verfolgung den Saal wegwarf und nach dem Beamten mit einem Hammer schlugen wollte, hatte dieser schon die Pistole abgefeuert. Die Kugel war für den Verbrecher tödlich. Da der Kriminalbeamte in Notwehr gehandelt hat, trifft ihn keine Schuld.

* (Gefährliche Fahrt durch Mannschaften eines deutschen Kriegsschiffes) Aus Cairo wird der Deutschen Redaktions-Gesellschaft gemeldet: Bei dem Brande eines Tabakoposts der Zollbehörde in Alexandria leistete die Mannschaft des dort seit einigen Tagen liegenden deutschen Kriegsschiffes „Fregate“ wirksame Hilfe. Durch den Brand, dessen Ursache noch unbekannt ist, ist ein Schader von etwa 4 Millionen Francs entstanden, den hauptsächlich griechische Tabakhändler zu tragen haben.

* (Der Hauptmann von Köpenick und sein Nachfolger) Das Gemeinbeamt in Weinsheim (Hessen) wurde von einem Gauner im Stile des Hauptmanns von Köpenick überfallen. Der Dieb stellte sich bei dem Gemeinbeamt als Beamter der Auffichtsbehörde aus Darmstadt vor, erprobte die Kasse und verschwand nach dem Diebstahl einer größeren Summe jenseits des Rheins.

* (Einbruch in ein — Gefängnis) Im Ruhrorter Amtsgericht wurde kürzlich ein verwegener Einbruch verübt. Die Diebe gelangten nach Übersteigen des Gefängnis durch das Rostschloß im Frauenabteil in das Gebäude und öffneten mit einem Dietrich das Zimmer des Gefängnisinspektors. Hier hatten sie eine Koffette mit 280 Mk. Inhalt und zwei Taschenuhren. Das Geld war der Arbeitsbesitzer der Gefangenen. Die leere Koffette wurde später im Keller gefunden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Geistliche Musikaufführung im Dom

am Sonntag den 9. Januar 1910 abends 6 Uhr zum Besten des Dtsch. Evangl. Frauenbundes.

Programm: Orgelvorträge von J. E. Bach und Hagg, Lieder, Arien und Cuette für Sopran, Alt und Bariton, 3 Frauenchöre von E. Lassen, Pergolesi und Schubert, Solo für Violine von J. E. Bach.

Karten zu 1 Mk. für Altarplatz und 50 Pfg. im Schiff sind zu haben bis 1 Uhr mittags in der Buchhandlung von Herrn Stollberg und im Zigarrengeschäft von Herrn Frahnert und von 1 Uhr ab im Domküstlerhause dort.

Geschäfts-Übernahme.

Übernehme mit dem heutigen Tage das Geschäft

Obere Breite Straße 21, vormals A. Reichel.

Ich werde bemüht sein, eine reiche hausschlachtene Ware zu liefern und bitte um gütigste Unterstützung.

Emil Wartemann.



weltberühmte Nähmaschinen

für Familiengebrauch und Handwerker sind unstreitig die besten. Dieselben eignen sich vorzüglich zum Nähen von billigen Kleidern, auch gegen Abwaschung. Sie empfangen die besten Garanten. Interessent gratis.

Schmidtsche Waschmaschinen, Dampf-Waschmaschinen

neuester Konstruktion.

Wringmaschinen mit prima Gummivalzen.

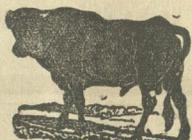
Neue Bezüge auf alte Wringmaschinen sofort.

H. Baar, Merseburg, Markt 3,

Fahrad- u. Nähmaschinen-Handlung. Reparatur-Werkstatt



Pilo hat sich einen Ruf als unübertreffliches Schutzputtmittel erworben! Es gibt im Moment wunderbaren Hochglanz, färbt nicht ab und erhält das Leder.



Bei mir zum Verkauf.

Von heute ab stehen in frischer Auswahl

junge grosse Zugkühe, hochtragende u. frischmilch. mit Kälbern

Kermann Heydenreich, Crumpa bei Muehlen. Tel. Nr. 39.



Von Donnerstag den 6. d. M. ab stehen wieder große Transporte bester hochtragender und frischmelkender

Kühe u. Kalben (verschiedene Rassen)

bei uns zum Verkauf.

Gustav Daniel & Co., Weissenfels a. S. Telephon 57.



Pianos Ritter

Hof-Pianoforte-Fabrik, Halle a. S.

Flügel Harmoniums Grösste Auswahl. Sicherste Garantie.

Der anerkannt gediegene Fabrikat zu mässigen Preisen. Besondere Zahlungsbedingungen.

Führer durch Halle a. S.

Erstklassige Firma
Otto Blanckenstein.
 3 Geschäfte. Ob. Leipzigerstrasse 26, Ob. Steinstrasse 26, Schmeerstrasse 21.
 Spezialität:
Krawatten, Handschuhe, Hüte, Oberhemden, Kragen, Hosenträger u. sämtl. Herren-Artikel.

Gründliche Ausbildung in Landw. Buchführung, Rechnungswesen u. Verwalt.-Sachen. Prospekt gratis.
R. Falkenberg, Leipzigerstrasse 68.

Alb. Herrmann Nachfolg.
 Halle a. S., Leipzigerstrasse 67.
 Empfehle:
 Sättel, Zaumzeuge, Gamaschen, Decken, Peitschen, Sporen Gebisse, alle Reit- und Sportartikel, Reisekoffer, Reiseetaschen, alle feinen Lederwaren. Preis frk.



Optische Anstalt:
Richard Flemming,
 Schmeerstrasse 22.
 Grosse Auswahl Billigste Preise

Ein wirklich gediegenes, gutes
Pianino
 mit grossem edlen Ton erhalten Sie von Nr. 475.— an bei
Albert Hoffmann,
 am Riebeckplatz.
 Bequeme Zahlweise, gebr. Pianos unter Garantie stets am Lager.

Ratten- und Mäuse-Gift. Dose 0,60, 1.—, 2.— Mk. Feldmäusetot, Dose 2.—, 3.— Mk. von Drogerie **Max Rädler,** Halle a. S., Rannischestr. 2.

Ratskeller.
 Restaurant I. Rang. Neue Bewirtschaftung.
Hermann Kunze

Café Roland.
 Inhaber: **Carl Lange.**
 Täglich

Künstler-Konzert.
 Haben Sie den Wunsch, eine gute und dabei äusserst billige zu kaufen, so wenden Sie sich vertrauensvoll an **Felix Steinbeiss, Halle a. S.**
 Rannischestr. 3.
 Lager von Broschen, Kalliers, Ketten, Ringen, Armbändern. — Reparaturen an Uhren und Goldsachen schnell und billig

Uhr
 Haben Sie den Wunsch, eine gute und dabei äusserst billige zu kaufen, so wenden Sie sich vertrauensvoll an **Felix Steinbeiss, Halle a. S.**
 Rannischestr. 3.
 Lager von Broschen, Kalliers, Ketten, Ringen, Armbändern. — Reparaturen an Uhren und Goldsachen schnell und billig

Theater

„Weisse Wand“

- Merseburg.**
 Täglich Vorstellungen.
 Programm:
 1. Ein Auftrieb der Zukunft. Dramatisch — Sensationell.
 2. Der Flammentag im 20. Jahrhundert. Herrl. tal. Charaktertanzen von Frau Korjevina, Kaiserl. Hofopfer Petersburg.
 3. Lehmanns Kriens. Komische Pantomime.
 4. Eine Stunde der Freiheit. Spannendes Sensationsdrama.
 5. Wasserkrähen in Holland. Entzückendes Naturbild.
 6. Ein kleiner Ost. Drama an der bretonischen Küste.
 7. Tschöschu Kinder. Köstl. Humoreske.
 8. Kavallerie-Gulein. Opern-Prachtvoll dekoriertes Sport- und Kletterstück.
 9. Lustig: Jankee doodle Gires.

Lichtbad Helios
 Merseburg, Weissenfelsstr. 9, Tel. 320
Elektr. Lichtbäder.
 Erfolgr. Kurverfahren bei Rheumatis., Nerven-, Gicht, Infektions, Asthma, Lufttrögrenat., Nerven-, Haut-, Blasen-, Magenleib.
 Täglich auch für Damen offen. — Sonntags 8—1.

Neu! Sensationell! Neu!
Wichtig für praktische Damen.
 Am Freitag den 7. Januar abends 8 Uhr, hält die langjährige Fachlehrerin **W. Hedrich, Köln a. Rhein** in der Reichskrone zu Merseburg einen lehrreichen interessanten
Vortrag über Glanzbügel
 ab. In demselben wird nach neuester, leicht fasslicher, amerikanischer Methode das **Stärken, Bügeln und Glanzieren** vorgezeigt und erklärt. Jede Dame kann in einer Stunde 60 bis 60 Kragen plätten, ohne besonderen Apparat, jedes Bügeleisen zu verwenden.
 Eintrittspreis 50 Hfg.
 Am folgenden Tage wird ein **Glanzbügel-Kursus** eröffnet. **Lehrzeit 4 Nachmittage, Honorar 10 Mk.,** welches erst nach vollendeter Ausbildung zu entrichten ist. Vorkenntnisse nicht erforderlich. **Anmeldungen unbedingt am Vortragsabend in der Reichskrone erbeten.**
 Es ladet ergebenst ein **W. Hedrich, Köln a. Rhein.**

Thüringer Hof.
 Sonntag d. 16. Januar 1910
Großer Volks-Basketball
 mit Bräuterei.

Deutscher Kaiser.
 Heute Donnerstag Schlachtfest
 Junges Mädchen, welches Lust hat Schneider zu erlernen, kann sich melden **Karlstr. 5, Hof.**

Von heute ab täglich frische
Schaumbreien, Bindbeutel, Frauenstücken und Kräppel
 bei **M. Förster, Breitestr. 11.**

Diebandlung Hermann Müller,
 Schmalstr. 19,
 empfiehlt
Koch- und Heizöfen, irische Öfen, Demmer-Herde, Senking-Herde
 zu billigen Preisen.

Zur Aufklärung!
 Seit einiger Zeit versucht eine **Annoncen-Expedition Alfred Sander** hier Inserate für den „Merseburger Correspondenten“ bei hiesigen Gewerbetreibenden zu vermitteln. Wir erklären hiermit ausdrücklich, dass der unterzeichnete Verlag mit dieser Annoncen-Expedition in keiner Geschäftsverbindung steht. Der Inhaber dieser Firma ist nicht berechtigt, für den Correspondent **Inserate und Zahlungen entgegenzunehmen.**
 Wir bitten unsere verehrl. Inserenten daher, ihre Inserate für den Correspondent wie bisher **direkt** aufzugeben, da dies der **einfachste und billigste Weg** ist.
 Die Einholung der Insertionsgebühren erfolgt nur durch unsere Zeitungsträger mittels Quittung mit aufgedruckter Firma.
 Mit Hochachtung
Verlag des „Merseb. Correspondenten“.

Suche zum 1. April
tüchtige Dreierfamilien
 mit Hofgänger bei 2 Mt. Tagelohn, freier Wohnung und Kartoffelfeld.
Rittergut Runstedt,
 Post- und Jagdstation Franzenberg.
J. von Holdorf'sche Gutsverwaltung.
Einen Bäckerlehrling
 sucht zu Ostern **G. Kable, Tobanistr. 9.**
Einen Lehrling
 sucht zu Ostern **Bernh. Delke, Baderstr., Ronstr. 2.**
Fleischerlehrling
 sucht Ostern **H. Schenke, Fleischermeister, Friedrichstr. 4.**
Einen Tischlerlehrling
 sucht **C. F. Halpricht, Grüne Str. 2.**

Emser Pastillen
 aus dem Königl. Betriebe zu Em. **85 Pl.**
 Läsion, mildend, verbeugend, stärkend.

Empfehle meinen neuen elektrischen
Haar-Trocken-Apparat.
 Herzlich empfohlen. Trockenzeit 5 bis 10 Min.
 Damenfrisieren in und außer dem Hause.
 Anfertigung sämtl. Haararbeiten zu solidesten Preisen.
Paul Brandt, Friseur,
 Gotthardtstrasse 29.

Barbierlehrling
 sucht Ostern unter günstigen Bedingungen **Wilber Paul, An der Weina-11 54.**
Fleischerlehrling
 sucht zu Ostern **O. Kost, Markt Nr. 8.**
Einen Lehrling
 sucht zu Ostern **M. Förster, Badermeister.**

Krankpflieger im Kriege.
 Freitag den 7. Jan. 1910, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag über „Desinfektion“ in Klasse 1 der Landwirtschaftlichen Winterschule.
 Nach dem Vortrag Verteilung der Seugnisse und Pflöge, daher Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.
Der Vorstand.

Künstliche Zähne, Plomben etc.
 Umarbeitung schlechtstehender Gebisse
 Zahnziehen fast schmerzlos. — Mässige Preise.
Willy Muder,
 Hubert Totzke
 Merseburg, Markt 19.
 Gegenüber dem Ratskeller.

Dienstmädchen,
 Das ich in best. Hause bedient hat.
G. Grub, Wehrstr. 4.
Sauberes ehrl. Dienstmädchen
 nicht unter 18 Jahren gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.
Hierzu eine Beilage

Deutschland.

(Über den Stand der preussischen Wahlreform hat der Reichstag dem Kaiserlichen am 31. Dezember — Vortrag gehalten. Die bisherigen Verhandlungen des preussischen Ministerrats, die noch nicht abgeschlossen sind, haben nach der „Täg. Rundschau“ das einmütige Festhalten an der öffentlichen Abstimmung ergeben. — Dann fand sich, wie die „Frei. Ztg.“ bemerkt, die ganze Veramassung der Wahlreform begraben lassen!)

(Die Fusionsvorlagen des Biereraussschusses), deren Wortlaut durch die meisten freisinnigen Zeitungen veröffentlicht worden ist, werden bereits in einzelnen Vereinen und Kreisconferenzen erörtert. So wird uns aus dem Kreiswahlkreis Prenzlau-Angermünde berichtet, daß Programm und Organisation dort auf dem letzten Kreisparteitag zustimmend besprochen und durchabgehandelt worden sind. Auch der Anregung des Geschäftsführenden Ausschusses der freisinnigen Vereinigung stimmte man zu, daß das Programm unverändert und das Organisationsstatut mit einer besonderen Betonung der Rechte und Pflichten der Mitglieder annehmbar sei. Ferner nahm die Organisation der freisinnigen Vereinigung in der Universitätsstadt Marburg, der liberale Volksverein, in seiner Generalversammlung eine Resolution an, worin er die geplante Verschmelzung der drei freisinnigen Parteien freudig begrüßt und dem Einigungsprogramm in allen wesentlichen Punkten ein unbedingtes Verlangen zustimmt. Nur statt des jetzt vorgeschlagenen „unabhängigen Gesamtamtes“ wurde die Bezeichnung Deutsche Fortschrittspartei vorgeschlagen. Es ist zu wünschen, daß nach Ablauf der Vorstandsperiode der freisinnigen Vereinigung am nächsten Sonntag und nach Bekanntgabe ihrer Wünsche eine weitere rege Diskussion über die Fusionsvorläge in den Vereinen und Einzelorganisationen einsetzt, damit die Mitglieder und Delegierten des kommenden Parteitag in Wirklichkeit die Stimmung der Freunde im Lande zum Ausdruck bringen können.

(Über die Stellung des deutschen Bauernbundes zur Wahlreform) schreibt das Bundesorgan: Presse und Redner des Bundes der Bauernvereine verbreiten wahrheitswidrig die Nachricht, der Deutsche Bauernbund sei für eine Neueinteilung der Wahlkreise zum preussischen Abgeordnetenhaus. Selbstverständlich ist hiervon nicht ein Wort wahr, und es könnte keine Neußerung irgend eines Mitgliedes des Präsidiums des Deutschen Bauernbundes dafür angezogen werden, daß der Deutsche Bauernbund für eine Neueinteilung der Wahlkreise eintritt. Dagegen ist allerdings der Deutsche Bauernbund der Ansicht, daß das preussische Wahlrecht nicht ein „Nährer mich nicht an“, vielmehr in verschiedener Hinsicht außerordentlich verbesserungsbedürftig ist. Der Deutsche Bauernbund ist der Meinung, daß das öffentliche Wahlrecht ersetzt werden muß durch ein geheimes Wahlrecht und zwar im Interesse des Mittelstandes in Stadt und Land. . . . Auch darin dürfte wohl mit Recht jeder einsichtige Politiker einen Uebelstand erblicken, daß die Wahl in direkt und nicht direkt erfolgt. Auch in dieser Hinsicht ergeben sich vielfach Mängel. . . . Wir glauben auch, daß es wünschenswert wäre, wenn der plutokratische Charakter des preussischen Wahlrechts insofern eine Änderung erzielte, daß in den beiden ersten Klassen eine bestimmte Mindestzahl von Wählern zu wählen hätte. Das würde nicht nur den Einfluß der hiesigen Millionäre abschwächen. Auch auf dem Lande, wo es häufig vorkommt, daß ein einziger begüterter Großgrundbesitzer allein einen Wahlmann ernannt, würde es dahin kommen, daß mindestens 12 bis 15 Wäuer auch in dieser Klasse mitwählen müssen.

(Verzicht auf Vorrechte.) Auf Grund eines zwischen der bayerischen Staatsregierung und dem kaiserlichen Hofe in Xuzen und Paris abgeschlossenen Vertrags verzichtet das kaiserliche Haus vom 1. Januar 1910 ab auf alle Vorrechte, die seinen Mitgliedern, den kaiserlichen Beamten und Dienststellen auf den bayerischen Posten vertragsgemäß eingeräumt waren.

(Vor ein polnisches Ehrengericht) sollen, nach der „Kattowitzer Ztg.“, die Abgeordneten Korsant und Dr. Seyda gefordert werden, weil sie sich durch ihr jüdisches Verhalten einer großen Disziplinwidrigkeit gegen die polnische Fraktion schuldig gemacht haben sollen. Beide hatten in einer Versammlung das Verhalten ihrer Fraktionsgenossen Kapieralski, Kapiza und Brandys einer abfälligen Kritik unterzogen.

(Das läßt tief blicken!) Die „Metallarbeiter Zeitung“, das Organ des deutschen Metall-

arbeiterverbandes, bringt in ihrer Nummer 52 vom 25. Dezember in großer, auffallendem Druck folgende Warnung: Trinkt keinen Schnaps! Laßt Schnapsangelegenheiten in Parteiblättlern unbeschadet! — Die Metallarbeiter Zeitung“ wird, so schreibt der „Gewerksverein“, wohl ihre guten Gründe für diese Warnung haben. Sicherlich finden sich in sozialdemokratischen Blättern vor des vom Parteitag befohlenen Schnapsboykotts noch zahlreiche Empfehlungen von benachteiligten Sorten. Wovon sollen denn auch sonst die Parteimitglieder alle leben! Jedenfalls mutet die Mahnung der „Metallarbeiter Zeitung“ wie blutiger Hohn an.

(Das Marinebrieffaustauschgesetz) das fast so alt ist wie unsere Seegelung, wird, nach der „Köln. Ztg.“, am Anfang dieses Jahres aufgehoben. Die in Friedrichstert, Wilhelmshaven, Heselohnd bestehenden Briefstationen der Marine gehen ein. Die funktentelegraphischen Stationen erfahren in den beiden nächsten Jahren wesentliche Verbesserungen, so daß die Briefstationen überflüssig werden. Die Aufhebung bedeutet ein Ersparnis des Marineetat.

(Nationalliberale und Sozialdemokraten in Sachsen.) Die „Leipz. Ztg.“, das Organ der sächsischen Staatsregierung, glaubte in der letzten Zeit Grund zu haben, die Nationalliberalen vor einer grundsätzlich veränderten Beurteilung und Behandlung der Sozialdemokratie zu warnen. Die „Sächs. Nationalliberale Korz.“, das offizielle Organ der Partei, antwortete hierauf mit einem Artikel, in dem als Aufgabe der nächsten Zukunft bezeichnet wird, „die misleitete sozialdemokratische Bewegung auf den nationalen Boden zurückzuführen“. Die deutsche Sozialdemokratie sei ursprünglich eine nationale Arbeiterbewegung gewesen. Die heutige Sozialdemokratie sei allerdings grundsätzlich mit aller Engherzigkeit zu bekämpfen, „aber wer kämpft um dies Kampfes willen? Das Ziel muß doch immer sein, die Gefahr, die in dem Hinabarbeiten auf den Umsturz lag, zu überwinden. Wenn nun in der Sozialdemokratie Kräfte tätig sind, die das revolutionäre Programm zerschüren, — ist es da ein politischer Fehler der nationalliberalen Partei, wenn sie mit einem langsam sich verflächtenden Erfolg dieser unumwandelten Kräfte rechnen?“

(Als Mentor der liberalen Partei) spielt sich die „Kreuztg.“ mit Vorliebe ab, obgleich sie mit den Angelegenheiten der eigenen Partei eigentlich genug zu tun hätte. In ihrer letzten Wochenübersicht liest das konservative Blatt den Nationalliberalen wieder einmal den Text und sagt dabei unter anderem, nachdem sie sich in ihrer liebevollen Art mit den Freisinnigen beschäftigt hat: „Wer haben aber auch die Nationalliberalen durch ihre Verteilung an dem rotesten Blut in der Hestage, in Baden und Bayern für die Demotie allzu bedenklich angelehrt. Wir verkennen nicht, daß zwischen den nationalliberalen Fraktionen des preussischen Abgeordnetenhauses und des Reichstages noch ein gewisser Unterschied besteht. Aber man kann trotzdem nicht mit Bestimmtheit voraussagen, ob nicht auch in Abgeordnetenhaus die dem Freisinn veranschaulichten Jungliberalen einen entscheidenden Einfluß gewinnen werden. Das muß man abwarten. In unserm Parteinteresse liegt es nicht, die Nationalliberalen immer wieder vor den spezialistisch freisinnigen Feindern zu warnen. Wir haben das früher im Gesamtinteresse oft genug getan, aber stets nur das Gegenteil von dem befehlt, was wir wollten. So mag es dann das Verhängnis über den Kaiser kommen. (Der Bund der Landwirte) interessiert sich sehr mit einem Male sehr stark für die Zynaburke. So schreibt die in Süddeutschland erscheinende konservativ-bünderliche „Deutsche Reichspost“: Der natürliche Platz der Industrie ist nicht beim Hansa-Bund, sondern bei der Landwirtschaft und dem Mittelstand. Wege man das nicht vergessen. Die Industrie würde den liberalen Ergetz mit dem Hansa-Bund schwer bezahlen müssen.“ Die Industrie selbst ist leider zu unerschrocken, daß sie nicht weiß, wozu sie gehört, und daß sie sich lieber an die Seite des Hansa-Bundes als des Bundes der Landwirte stellt. Wir fürchten sogar, sie ist auch so verstockt, daß sie selbst den wohlgemeinten Rat der „Deutschen Reichspost“ nicht befolgen wird.

Volkswirtschaftliches.

(Kreuzliche Tarifreform. Sorb hat die Zollkommission der französischen Deputiertenkammer einen dritten Nachtrag zum Generalbericht betreffend die Abänderung des französischen Zollgesetzes veröffentlicht. Der darin enthaltene Gesetzesentwurf weicht in wesentlichen Punkten vom zweiten Nachtrag zum Generalbericht ab; unter anderem steht er vor, daß das neue Tarifgesetz schon am 31. März 1910 in Kraft treten soll. Häufiger Kritik ist erteilt das Sekretariat des Handelsvertragsvereins, sowie des Deutschen-französischen Wirtschaftsvereins. (Wochen W. 9., Kötterstraße 28/29.)

(Das der landwirtschaftliche Kleinbetrieb in vieler Beziehung volkswirtschaftlich vorteilhafter ist, als die Großgüterwirtschaft, das beweist auch eine soeben publizierte Statistik aus Bommern: Die Bommersche Anfielungsgesellschaft hat in Stuttgart des Jahres 1909 einen Gewinn von 1088 ein. Einzigartig über die Wirkung der Aufstellung von 20 Großgütern in bäuerliche Rentengüter. Es wurden aufgestellt die Güter Camig, Neubausch, Reppin, Klein-Wangum, Körden, Wildborn, Klein-Saborn, Wismar, Alteshof,

Wedderfian, Morgenstern, Eichen, Cremerbruch, Neu-Garwitz, Klefens, N-u-Garwen. Die 20 Güter erbrachten früher nur 289 Gaushaltungen, nach der Aufstellung aber 457. Die Zahl der Arbeiter betrug 1808 auf 2863. Die Zahl der Schafherden hat sich von 1542 auf 4056 gehoben. An Viehkapital waren vor der Aufstellung nur 1472 Stück vorhanden, jetzt sind 8818. Neu hinzugekommen sind 412 Stiere, die Zahl der Ziegen hat von 80 auf 92 zugenommen. Über auch Pferde waren früher 498 und jetzt 789. Die Zahl des Viehviehs betrug 1428 am 1. April 1906. Nur die Schafzahl ist von 6546 auf 859 Stück zurückgegangen. Die „Danz. Ztg.“, der wir diese Zahlen entnehmen, hat Recht, wenn sie behauptet, daß diese Statistik nichts über die reichere und stetige Steuererhebung sagt. Es würden sich darüber sicherlich interessante Angaben machen lassen.

(Hamburg und die Schiffsabgaben. In der Verammlung eines „Vereins der Kaufleute“ zu Hamburg, der einzigen, die ausschließlich am 1. März stattfand, kam es zu einem scharfen Gutachten zwischen den Schiffahrtsinteressenten und dem Vorstande der Hamburger Handelskammer. Da der Handelskammerbericht über die Schiffsabgaben in recht gerundeten Ausdrücken ergab, die schließlich nur zugunsten der Schiffahrtsabgaben gedeutet werden können. Das wurde, wie der „Voll. Ztg.“ geschrieben wird, in der Besprechung angenommen. Die „Danz. Ztg.“, der wir diese Zahlen entnehmen, hat Recht, wenn sie behauptet, daß diese Statistik nichts über die reichere und stetige Steuererhebung sagt. Es würden sich darüber sicherlich interessante Angaben machen lassen.

Provinz und Umgegend.

(Naumburg, 5. Jan. Der gestern 1 Uhr 5 Min. nachmittags hier eintreffende Personenzug der Anhaltbahn mußte bei dem Dorfe Nitzschitz zweimal halten, weil unbekannte Freiber, am den Zug zur Entgleisung zu bringen, am Schienenstrang an zwei Stellen einen eisernen Kasten, sowie gewenterte Steine befestigt hatten. Der nachmittags 2 Uhr 58 Min. in Naumburg eintreffende Personenzug mußte gleichfalls bei dem Dorfe Nitzschitz halten, weil wieder die Schienen mit eisernen Schaufeln und schweren Bruchsteinen versperrt waren. Die Eisenbahndirektion erhielt eine Meldung von 300 Mark für die Ermittlung der Täter aus.

(Eisleben, 3. Jan. Gestern mittag 1 Uhr wurde die 2 Jahre geschlossene gemessene St. Annenkirche durch den Herrn Generalsuperintendenten Dr. Jacobi neu eingeweiht. In der Interimskirche hatten sich die Festteilnehmer versammelt und um 1 Uhr legte sich der Zug unter Glockengeläut in Bewegung nach der neuen Kirche. Nachdem sich das schöne Gotteshaus dicht gefüllt hatte, betrat Herr Generalsuperintendent Jacobi den Altar und hielt eine zu Herzen gehende Ansprache und vollzog alsdann den Weisheit. Hierauf hielt Herr Superintendent Luther die Euraire. Sodann betrug Herr Superintendent a. D. D. Harnisch, der erste Geistliche an der Annenkirche, die Kanzel und hielt die Festpredigt. Nach derselben sprach Herr Sup. Luther das Schlußgebet und erteilte den Segen. Der Kirchenchor sang noch die Motette „Halleluja“ in vollendet schöner Weise unter Leitung des Herrn Lehrers Kunze. Die Feier währte bis gegen 3 Uhr, ihr schloß sich ein Festessen im „Wiesenhäule“ an.

(Tietzenfeld, 5. Jan. Am Neujahrstage wurde ein elender Schurkenreich in der heimischen Fabrik Griesheim Elektron Werk II verübt. Dem Arbeiter Meißner aus Groppe wurde in seinem im Aufenthaltraum befindlichen Kaffeehaus 50prozentige Kaffeebohnen gemischt. Als M. trinken wollte, verbrannte er sich Lippen, Mund und Rachen so er-

vom Weipziger Stadttheater lernten wir einen Sänger kennen, der alle Erwartungen auf das glänzendste erfüllte. Er verfügte über ein weites und umfangreiches, wohlklingendes Organ, das gerade im Vortrag der hohen Stellen aus „Hans Heiling“ von Marschner, „Nachtlager von Granada“ von R. Kreutzer zu schöner Entfaltung kam. Vielleicht haben wir später einmal die Freunde, Herrn Kose auch in einem größeren Werke zu hören. Auch ihn lobte der Beifall und mehrfache Bravo's für seine Darbietungen. Zum Schluss möchten wir auch an dieser Stelle unsere Freude darüber ausdrücken, daß wir nun noch ein Orchestermitglied zu erwarten haben. In den Symphonien haben die größten Meister aller Zeiten die gewaltigste Tonstärke geübt und es ist für diese Sprache hören, um so mehr lernen wir sie verstehen und gewinnen sie lieb.

S. 1.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreise

v. Döllnitz, 4. Jan. Recht ehrlich handelte die Frau des Handarbeiters B. von hier, deren Kind ein Zahnmärkchen gefunden hatte. Sie setzte dem Lehrer des betreffenden Schullandes davon in Kenntnis und hat ihn, einmal durch die Schulfürsorge bei den Eltern Nachfrage darüber zu halten. Als Vorkinder des verloren gegangenen Geldstücks stellte sich eine Frau B. heraus, deren Kind das betreffende Geldstück verloren hatte. Als Zinberkind erhielt Frau B. den ihr gefällig aufstehenden Teil, nämlich 1 Mk. So sieht man, daß Ehrlichkeit doch noch belohnt wird, in diesem Fall im Kleinen, was es auch geschieht, wenn es sich um größere Geldbeträge handelt.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Am 20. Februar, am 5. Januar 1890, wurde der ortsansässige Rebellensführer B. an der Front von den deutschen Truppen geschlagen und darauf unterwarf sich der deutsche Herrschaft. Von jener Zeit an datiert die deutsche Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika, die zum Siege der deutschen Interessen von den deutschen Weisungen unterhalten wird. Die ganze Kolonie befand sich zuerst im Privatbesitz, indes erforderten die fortwährenden Kämpfe das Eingreifen des Reiches. Kurz nach der Wiedererwerb der Rebellens erfolgte die Vertreibung der Kolonie an das Deutsche Reich, nachdem die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft abgefunden worden war.

Wetterwarte.

B. B. am 6. Jan.: Vorherrschend wolfiges bis trübes, zeitweise aufkeimendes, windiges, mildes, zugleich regnerisches Wetter. — 7. Jan.: Zeitw. heiteres, vorherrschend wolfiges bis trübes, noch immer mildes Wetter und etwas Regen, windig.

Vermischtes.

* (Gefährliche Mörder.) Zwei am Dienstag in Paris verhaftete Soldaten namens Graby und Michel haben eingestanden, Frau Oudin, deren verfallener Leinwand am Abend des 16. Dezember in der Nähe von Bruno an dem Eisenbahnsteig gefunden wurde, im Zuge ermordet und beraubt zu haben.
* (Schwerer Raubfall auf der Landstraße.) Ein am Raubmordverdacht gerichtetes Verbrechen ist in der Nacht bei Fährmannsdorf bei Berlin verübt worden. Auf der Chaussee zwischen den Dörfern Rauhen und Golzin wurde der 48 Jahre alte Arbeiter Ferdinand Bauer aus Fährmannsdorf von 3 Verbrechern überfallen, in der brutalsten Weise mißhandelt und seiner Burschenschaft beraubt. Mütterlich

früht lag der Unglückliche hilflos längere Zeit im Walde, bis auf seine Schmerzensschreie schließlich andere Arbeiter auf ihn aufmerksam wurden und ihn nach dem Krantenhaus schickten. Dort wurde konstatiert, daß ihm mehrere Rippen gebrochen, der Unterleib geschnitten und die inneren Organe stark gequetscht worden waren. An dem Aufkommen des B. wird gezwweifelt.
* (Mord und Selbstmord.) In der Dienstags-Nacht erschoss in einem Hotel in der Dorotheenstraße in Berlin der Ingenieur Ewen Kögler eine etwa 22-jährige, in seiner Gesellschaft befindliche Frau und darauf sich selbst. Beide waren aus Kopenhagen zugereist und hatten sich als Gäste ausgesgeben.
* (Grubenunglück.) Einem Motorführer in dem Schieferer Grubenfeld, der sich aus seiner Maschine herausbeugte, wurde am Montag durch ein Stück Blech der Kopf glatt abgehauen. Ein anderer Motorführer in der gleichen Grube wurde durch Wasserdampf getötet und beunruhigt in seiner Maschine aufgefunden.
* (Brandunglück.) Beim Abbrennen eines Armenhauses kamen zwei Greislinden in den Flammen um. Eine erstickte in dem Rauch; die andere wurde beim Hinwegräumen des Scharfschützen verbrannt.
* (Verletzung eines Karpfischers.) Der Gelfischermeister, holländischer und Spiritist Adolf Gottschalk aus Kessel wurde am Montag nach hundertlanger Verhandlung von der dortigen Strafkammer wegen Betruges und Karpfischer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Gottschalk hatte Krankheiten aller Art durch das Beschneiden guter Fische und durch Fingerringen kurieren. Besonders vom Tande her hatte er vier Finger, und seine „Ringe“ fischerte ihm große Einnahmen. Nicht weniger als 104 Jungen waren zur Behandlung vorgeladen worden.
* (Vermißt.) Seit Donnerstag werden in Wien drei junge Handelsakademiker, die einen Ausflug auf den Hochgebirge unternommen hatten, vermißt. Man ist in Sorge um sie, da in der vergangenen Woche in dieser Gegend gegen große Schneefälle und heftige Schneefälle herrschten.

Neueste Nachrichten.

Sträßburg, 5. Jan. Staatssekretär Born v. Bulaß veröffentlicht gestern in der Amtlichen Korrespondenz ein Schreiben an die Bischöfe von Metz und Sträßburg, in dem er in verbindlicher Form, aber energisch gegen den Erlaß der Bischöfe Stellung nimmt, der die reichsständischen Lehrer von dem Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Lehrerverein abhalten sollte. Die Haltung der Bischöfe wird als ein Eingriff in die staatshoheitlichen Rechte bezeichnet, der entschieden zurückgewiesen werden müsse. Während die liberale Presse das Vorgehen der Regierung begrüßt, richten die Zentrumsblätter gegen den Staatssekretär zum Teil sehr heftige Angriffe.
Rom, 5. Jan. Halli-Bei ist gestern abend nach Konstantinopel abgereist.
Wien, 5. Jan. Die Politische Korrespondenz erzählt aus Athen, daß der von der freisinnigen Kammer mit Affirmation wiedergewählte Präsident Michalibakis eine mit kräftigem Beifall aufgenommene Rede hielt, in der er ausführte: Infolge der unerwarteten Verzögerung der Lösung der freisinnigen Frage sei die Einberufung der Kammer notwendig geworden, um für die Wahl der Nationalversammlung Vorproze zu treffen, damit man für alle

Eventualitäten vorbereitet sei. Ubrigens bestche allgemein die Überzeugung, daß die entgeltliche Lösung der freisinnigen Frage im nationalen Sinne erfolgen werde. Es sei wieder möglich, daß Kreta in die Vergangenheit vor dem September 1908 zurückzukehren, noch auch, daß der gegenwärtige Schwebzustand noch lange dauere. Das freisinnige Volk, in der Schale des Lebens gesättigt und politisch gereift, werde sich des Wohlwollens der Schicksale nicht würdig zeigen. Von demselben Volke aus, wo sich der Ruf nach der Union mit Griechenland erhob, ergehe sich Volk der eindringliche Appell zur Ordnung und zum brüderlichen Zusammenleben mit den Mohammedanern, zugleich aber auch die Bitte an die Schuttmächte, schleunigst die Schmach der freisinnigen Völker nach der Union mit Griechenland zu erfüllen.

Berlin, 5. Jan. Ein Leichenfund ist gestern nachmittag in der Köpenicker Straße gemacht worden. Die Ermittlungen ergaben, daß die Tote die 19-jährige Schneiderin Ullmann aus Nordhof ist. Als Täter kommt ein Monteur Friedmann in Frage, der das junge Mädchen wohl mit ihrem Einverständnis erschossen hat. Vorläufig fehlt von dem Mörder jede Spur.

Berliner Getreide- und Produktenerke.

Berlin 4. Januar.
Unter der Einwirkung der ersten Berichte von den Auslandsmärkten und stark erhöhtem argentinischer Offerten, man man hier für Weizen recht fest gestimmt; das Geschäft war jedoch nur vorübergehend lebhafter. Roggen wurde mitgetrieben, namentlich behand für Juni füllten Weizen fest. Mais beugant. Höchst auf Realisierungen nachgeben. Wetter: schön.
Weizen rot. 223,00—224,50 Mark.
Roggen rot. 161,00—160,50 Mark.
Hafer fein 171,00—180,00 Mark, do. mittel 164,00 bis 170,00 Mark.
Kartoffeln 00 brutto 27,50—30,00 Mark.
Kartoffeln 01 und 110 80—81 80 Mark.
Gerste incl. leicht 144,00—154,00 Mark, do. schwerer feiner 148,00—165,00 Mark, do. russ. feiner 129,00—138 00 Mark.
Weizenkleie arab netto egl. Sod ab Mühle 11,50 bis 12,50 Mark, do. fein netto egl. Sod ab Mühle 11,50 bis 12,50 Mark.
Roggenkleie netto ab Mühle egl. Sod 11,50 bis 12,10 Mark.

Produktenbörse in Leipzig

am 4. Januar.
Weizen rot 214—218 5/8 Mark.
Argentin. — 82 3/4.
russischer 240—248 5/8 Mark.
Santitas — 82 3/4.
Roggen rot 180—185 5/8 Mark.
Kartoffeln 169—165 5/8 Mark.
Preuß. 168—167 5/8 Mark.
ausländ. 186—192 5/8 Mark.
Weizenpreise in Leipzig am 4. Januar. (Mitteltung der Müller und Weizenhändler von Leipzig und Umgegend.) Weizenmehl Nr. 00 31,00 Mark. Roggenmehl Nr. 01 24,00 Mark. per 100 Ko.
Gerste, Brau- gerste, 168—173 5/8 Mark.
feinste über Notiz 168—173 5/8 Mark.
Santitas 174—184 5/8 Mark.
feinste über Notiz 174—184 5/8 Mark.
Haupt- u. Futterm. 184 bis 184 5/8 Mark.
Hafer rot 168—172 5/8 Mark.
feinster über Notiz 168—172 5/8 Mark.
Mehlpreise in Leipzig am 4. Januar. (Mitteltung der Müller und Weizenhändler von Leipzig und Umgegend.) Weizenmehl Nr. 00 31,00 Mark. Roggenmehl Nr. 01 24,00 Mark. per 100 Ko.

Anzeigen.

In diesen Zeit übernimmt die Redaktion den Druck gegenüber eine Gesamtanmeldung auf verzinstantes Wohnhaus mit Laden und Hofraum mitten im Zentrum soll unter günstigen Bedingungen verkauft werden. Zu erfragen Markt 29.

35 000 Mk. aus 1. Hypothek, weit unter Restwert, auf Grundbesitz mit neuericht. Gebäuden und wertvoll. Baugrund. 1. Juli 1910 gesucht. Offerten unter X Y Z 100 postlagernd an Merseburger erheben

Stiche grüne Seringe empfiehlt W. Kräbmer.

Wallendorf u. Umgegend. Mit heutiger Tage erlaube ich die folgende Anzeige zu machen, daß ich in Wallendorf im Hause des Herrn G. H. eine

Sattler-, Tapezier- und Polsterwerkstatt

eingegerichtet habe. Mein eifriges Bestreben ist, eine Kundenschaft zur Zufriedenheit zu bedienen.

Übernahme Präparation von Vögeln und Tieren in naturgetreuer Auslieferung. Mein Unternehmen gültig unterstützen zu wollen bitte

Friedrich Kluge.

11. Tafel-Birnen Walther Bergmann, Groß-Kaffee-Rösterer.

Umsausgelesene Kartoffeln treffen Ende dieser Woche ein Froysgang, Große Ritterstraße 7.

Flechten offene Füße wer bisher vergeblich Hilfe gesucht zu werden, mache noch einen Versuch mit der besten bewährten Rino-Salbe

Rino-Salbe

Rheumatis u. Gicht-Leiden

F. M. Marie Grünauer, München, Bismarckstraße 211.

80 Aufschwagen, neue, mod. und wohlgebr. Lombard, Bockton, Coupes, Patschier, Jagd- und Bompagant, Dogcart, nur 1a. Fadriat und Geschirre.

Alle Inserate für auswärtige Zeitungen

„Merseburger Correspondent“

Direktor Versand Chemnitz Möbelbezüge

Geschirrführer-Verein. Sonntag den 9. Januar General-Versammlung.

Dom-Männerverein. Montag den 10. Januar, abends 8 Uhr.

Arbeitsmädchen

Arbeitsmädchen

Technikum Altenburg

frische Wurst.

frische Wurst.

Wäsche zum Plätten

Behrling

Lehrlings-Gesuch.

Behrling

Arbeitsmädchen

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Bestellung von anderen Anzeigenblätter: bei Bestellungen bis zum 1. d. Monats werden die Kosten in der Regel und auf dem Monatsende berechnet; nach dem 1. d. Monats bis zum 15. d. Monats 42 Pf. und nach dem 15. d. Monats 48 Pf. monatlich. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal, nur an den Feiertagen ausgenommen. — Nachdruck anderer Originalarbeiten ist nur mit besonderer Genehmigung gestattet. — Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt der Briefe.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
sseitig, illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Periode oder deren Raum für Werbung und andere Beilagen 10 Pf., zweite Periode 20 Pf., anschließend pro Zeile 20 Pf., im Restantier 30 Pf. Bei langjährigem, ausdauerndem, häufigem Gebrauch für Werbelagerung, für Redaktionen und Ehrenanzeigen besondere Berechnung, nach Ansehen mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Angelegenheit für gleiche Geschäfts-Anzeigen nur zu besonderen, herabgesetzten Preisen bis höchstens 9 Uhr, Restantierung bis 10 Uhr vormittags. 2000

Nr. 4.

Donnerstag den 6. Januar 1910.

36. Jahrg.

Die Reichstagswahl in Eisenach.

Der Eisenacher Wahlkreis wird durch das Verhalten der Nationalliberalen für den Liberalismus ernstlich gefährdet. Man kann es keinem freisinnigen Manne zumuten, für einen Kandidaten zu stimmen, der offiziell in den Listen des Bundes der Landwirte geführt wird, und der in Dr. Diederich Hagin seinen wichtigsten politischen Schutzpatron sieht. Herr Schultheiß Krug mag ein sehr braver Mann sein. Seine zweideutige politische Stellung macht ihn aber zum liberalen Kandidaten ganz ungeeignet. Die Zeit der Besetzerei ist vorüber. Jetzt heißt es Farbe bekennen. Wer mit dem Bunde der Landwirte geht, der an den jämmerlichen Volksbedrückenden Reichsteuern die Hauptschuld trägt, gehört nicht ins liberale Lager.

Es berührt seltsam, wenn man sieht, mit welcher Inbrunst trotz alledem die nationalliberalen Führer an dieser Kandidatur festhalten. Der Krug geht aber nur so lange zu Wasser, bis er bricht. Schon werden sogar die nationalliberalen Wählerkreise in Eisenacher Kreise rebellisch. Wie jetzt gemeldet wird, lehnte in Kalle nordheim eine Versammlung nationalliberaler Vertrauensmänner die Kandidatur ab und sprach den Wunsch nach Bestätigung mit dem Freisinn aus. Das Gros der thüringischen Nationalliberalen hat sicherlich für die „tatsächlichen“ Erwägungen der Führer, die zu dieser verfehlten Kandidatur geführt haben, kein Verständnis. Die Stimmung im Wahlkreise ist durchaus günstig für eine Bestätigung mit dem Freisinn. Das sollte die nationalliberale Parteileitung nicht vergessen. Sonst schneidet bei der Wahl entweder der Antikemit oder der Sozialdemokrat als lachender Dritter ab. Die Schuld würde bei den Nationalliberalen liegen. Daran ändert das Schimpfen der nationalliberalen Presse nichts, die von den Freisinnigen verlangt, daß sie nachgeben, und sich mit dem rechtsnationalliberalen Kandidaten abfinden. Wie wärs doch gleich in Landsberg-Soldin. Dort fielen die Liberalen auf den laulen Zauber herein und saßen von der linksliberalen Kandidatur Weinhäusen ab. Sie waren so „vernünftig“, den Nationalliberalen nachzugeben und ihnen einen rechtsliberalen Mann zu präsentieren. Die Strafe folgte auf dem Fuße. Landsberg-Soldin ist wieder durch einen Reaktionsär in Reichstags vertreten. Die Nationalliberalen sollten sich doch bemühen, aus der Vergangenheit zu lernen. Sie sollten der nationalliberalen Jugend etwas mehr Einfluß bei den entscheidenden Stellen gewähren.

gelegt werden. Ein Eingreifen der Reichsregierung in die Verfassungskämpfe der Einzelstaaten würde der Anfang vom Ende des Reiches sein. War aber die Bedeutung nicht erst gemeint, sondern nur bestimmt, die Ritterschaft der Verfassungsreform geneigter zu machen, so war ein solches Vorgehen tatsächlich höchst ungewöhnlich und bedauerlich. Das haben wir hervorgehoben, das müßten wir hervorheben, und dabei werden wir unbedingt bleiben.

Also das Reich darf sich unter keinen Umständen einmischen, und die Mecklenburger sollen die Sache in Anknüpfung an das geschichtlich Gewordene unter sich ausmachen. Da nun das „geschichtlich Gewordene“ in Mecklenburg derart ist, daß die Junker durch ihren Widerstand die gesamte Reformbewegung lahm legen können und da die Junker von diesem Widerstand gar nicht abzulassen gedenken, so bedeutet die Unparteilichkeit der „Deutsches Tagesztg.“ weiter nichts als eine unbedingte Parteinarbeit zugunsten der Reaktion. Ein Glück nur, daß die „Deutsches Tagesztg.“ noch nicht existierte, als das Deutsche Reich geschaffen wurde? Sie hätte es dem Fürsten Bismarck sehr verdaulich gemacht, daß er so wenig Achtung vor dem „geschichtlich Gewordenen“ gehabt, sondern, unterstützt von den Liberalen Deutschlands, Taten vollbracht hat, die nach den Begriffen der Reaktion weiter nichts als revolutionäre gewesen sind.

Ein eigenartiges Beispiel zeitgenössischer Finanzgebarung

wird uns aus dem Kreise Grimmen in Pommern gemeldet. Das amtliche Kreisblatt berichtet über die letzte Sitzung des Kreisrates: „Der Etat wird trotz ständiger Überschreitungen genehmigt“. Wie hoch diese Überschreitungen, wie hoch der Etat selbst, wird dem Steuerzahler diskret verschwiegen; dann aber heißt es zum Schluß:

„Nachdem die Tagesordnung erledigt, teilte der Vorsitzende mit, daß die beantragten Provinzialbeihilfen für die Chausseen von Sievertshagen nach Schönwalde und von Borland nach Kletten nicht bewilligt seien. Mit dem Vorschlage, trotzdem sofort mit dem Bau der beiden Chausseen zu beginnen und über die Aufbringung der noch fehlenden Baukosten später zu beschließen, erklärte die Versammlung sich einverstanden. Nach beendeter Sitzung fand im Hotel „Deutsches Haus“ ein gemeinsames Mittagessen statt.“

Also kurz vor der Suppe, außerhalb der Tagesordnung, beschließt das Kreisparlament noch über ein Objekt, welches einen Kostenaufwand von etwa 200 000 Mark nötig machen dürfte. Dabei muß man wissen, daß im Kreise Grimmen bereits über 60 Prozent Kommunalsteuern gezahlt werden und daß ein Teil der bewilligten Kaufsummen auf einem Gutshof, Schönwalde, endet, dessen Besitzer Mitglied des Kreisratsausschusses und Kreisdeputierter ist. Und muß sich der Kreissteuerzahler nicht erstaunt fragen, wie er den Ausdruck: „noch fehlende Baukosten“ verstehen soll? Nachdem die Provinzialbeihilfe fortfällt, handelt es sich doch wohl um die Baukosten schlechweg. Woher man die nehmen will, das überläßt unscheinend das Gimmer Kreisparlament frühlich und guten Mutes einer besseren Zukunft. Und das tut dieselbe Körperschaft, die vor einigen Jahren eine nette runde Summe aus ihrem Wegeaufwands dazu angewiesen hat, dem schon vorhandenen landräulichen Garten ein neues ständliches Stütz hinzu zu erwerben, einzurichten und die Benutzung dem Landrat gratis zu Füßen zu legen. Kommunale Finanzwirtschaft in Mittelbieten dort, wo auf den Jagdgebieten seiner Väter der Junker froh sich selbst regiert! Eine solche Entscheidung ist natürlich nicht ausschließlich die Folge lokaler Zustände, sie verdankt ihre Entstehung der Institution an sich.

Im Dunkel der Kreisratssitzung wird über die Lasten der Preussischen Steuerabgabe verhandelt. Der Kreisrat ist ein panzerhärterer Lärm der Reaktion nicht nur auf fast allen Gebieten des kommunalen Lebens auf dem

Land, sondern auch auf allgemein politischem Gebiet. Will man die Reaktion brechen in Preußen, so forsche man vor allen Dingen für eine Modernisierung der Wahlrecht und damit Luft und Licht für die Kreisratssitze!

Dem Mangel an Selbstvertrauen und dem ewigen Ruf nach Staatshilfe

tritt ein Fachblatt der Müller, die Allgemeine Deutsche Mühlen-Bez., in nur zu sehr berechtigten Ausführungen entgegen, und sie stellt dem wirtschaftlichen Besinnlichkeit die Selbsthilfe, das Selbstvertrauen gegenüber. Es heißt da:

„Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist jetzt endlich die Zeit gekommen, wo die Müller allmählich aus dem langen Traum von der Staatshilfe, der sie so fest umfangen hielt, erwachen und wieder zu der Erkenntnis kommen, daß eine wirkliche, durchgreifende Hilfe für die Müllerei nur von ihr selbst zu erwarten ist.“

Diese Überzeugung wird nur noch verstärkt, wenn man sich einmal klar die Resultate vergewissern läßt, die der lange Kampf um die Staatshilfe erzielt hat. Die Frage, ob dieser Kampf die Lage der Müllerei verbessert hat, wird allgemein bejaht werden müssen. Wer die Verhältnisse vorurteilslos prüft, wird sogar zu der Erkenntnis kommen müssen, daß der Kampf um die Staatshilfe der Müllerei nur noch mehr geschadet hat. Die dadurch heraufbeschworene wachsende Entfremdung unter den Berufscollegen, die Konfurrenzverhältnisse noch unheilvoller gestaltete, ist nur eine der nachteiligen Begleiterscheinungen des Kampfes gewesen. Ebenso sehr, wenn nicht noch mehr, fällt aber der Schaden ins Gewicht, den die Kreise der Müllerei durch die Behauptungen vom „sicheren Untergange der Mittel- und Kleinmühlen“ erlitten haben.“

„Dieses Argument hat“ so wird dann weiter ausgeführt, „eine sicher nicht bedachtigt, aber leider doch erreichte, schädliche Wirkung ausgeübt und zwar auf dem Gebiete, das für die Müllerei, wie für jeden Erwerbsstand, von grundlegendster Bedeutung ist — dem des Kredits. In der Müllerei ist der Reineuvierbedarf gegenüber dem Umsatz unverhältnismäßig klein und die Kundschaft beansprucht große und lange Kredite. Infolgedessen ist der Müller auf verhältnismäßig große Vorräte und beträchtlichen Personal- und Hypothekenkredit angewiesen. Abgesehen für die Verteilung der Kreditfähigkeit ist, neben den persönlichen Charaktereigenschaften des Kreditnehmers, in erster Linie die Rentabilität oder Rentabilitätsmöglichkeit des betreffenden Unternehmens. Die zweifellos bestehende Rentabilität der Müllerei ist nun in den verschiedenen Kämpfen wieder und wieder in den bittersten Farben geschildert worden. Das dadurch der Personal- und Realcredit der Mühlen, insbesondere der kleineren, empfindlich leiden mußte, ist nicht zu bestreiten.“

Diese Ausführungen sind zurechtend und könnten für andere Berufsweige sicher mit ähnlichem Recht geltend gemacht werden.

Von der Suspendierung des Lehrers Gerike

in Hammernühle (Pommern) war kürzlich berichtet worden. Wie jetzt die „Preussische Lehrzeitung“ dazu mitteilt, ist der Lehrer nicht suspendiert, sondern bis zum 14. November beurlaubt gewesen. Das Blatt berichtet über den Fall:

Lehrer G. erhielt im September d. J. eine Verjüngung der Pommerschen Regierung zu Köstlin des Inhalts, daß er zum 1. Oktober nach G. im Kreise Hammernühle versetzt ist. Da G. diese Stelle, weil sie zu ablegen war, seiner Frau wegen nicht annehmen konnte, erhob er beim Minister Einspruch gegen die Versetzung. Er erhielt von der Regierung den Befehl, daß er bei der Versetzung nach G. bleiben müsse. Erst als Frau G. sich an den Deputierten für Pommern im Ministerium wandte, wurde die Versetzung aufgehoben und G. eine andere Stelle in Aussicht gestellt. Er mußte nun in Hammernühle eine andere Vertretung abwarten. In der Zeit, die er dort abwartete, er aber dort nicht mehr. Als er im September das Schreiben an den Minister einreichte, hatte ihm der Ortsinspektor Pastor Jädel in Waffrow gesagt, er dürfe

